

1.2 Kommunale Finanzsituation – Bewertung der aktuellen Haushaltslage

Der Haushalt der Hansestadt Rostock war seit dem Jahr 2001 mit steigender Tendenz defizitär. Der höchste strukturelle Fehlbetrag wurde im Jahr 2005 mit 45.685 TEUR erreicht. In der nachfolgenden Abbildung wird die Entwicklung der Kassenkredite von 2008 bis zum Jahr 2012 dargestellt einschließlich der Fortschreibung bis zum Jahr 2018.

Mit der Einleitung eines konsequenten Konsolidierungskurs ist ein Umdenken und eine Trendwende erkennbar, unter anderem dadurch, dass nicht mehr – wie in der Vergangenheit praktiziert – Mehrerträge ohne Prüfung des Gesamthaushaltes für eine Erweiterung der Aufwendungen verwendet wurden. Damit ist es der Hansestadt Rostock gelungen, ausgehend vom Jahresergebnis 2008, bis zum Jahr 2011 die Kassenkreditinanspruchnahme um 50,9 Mio. EUR reduzieren.

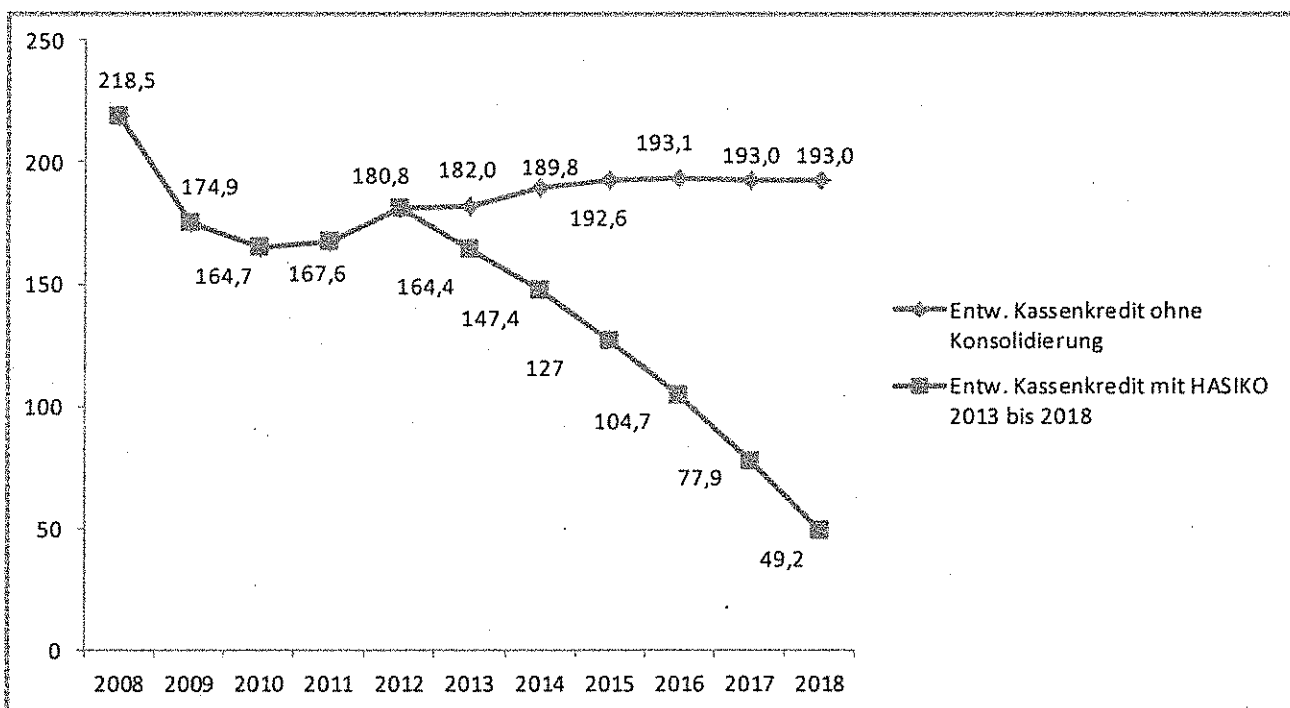


Abbildung 1: Entwicklung der Kassenkredite

Die Darstellung macht deutlich, dass nur mit der konsequenten Umsetzung der Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2013-2018, unter Berücksichtigung des Finanzplanes bis zum Jahr 2016, die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit im Jahr 2018 erreicht werden kann.

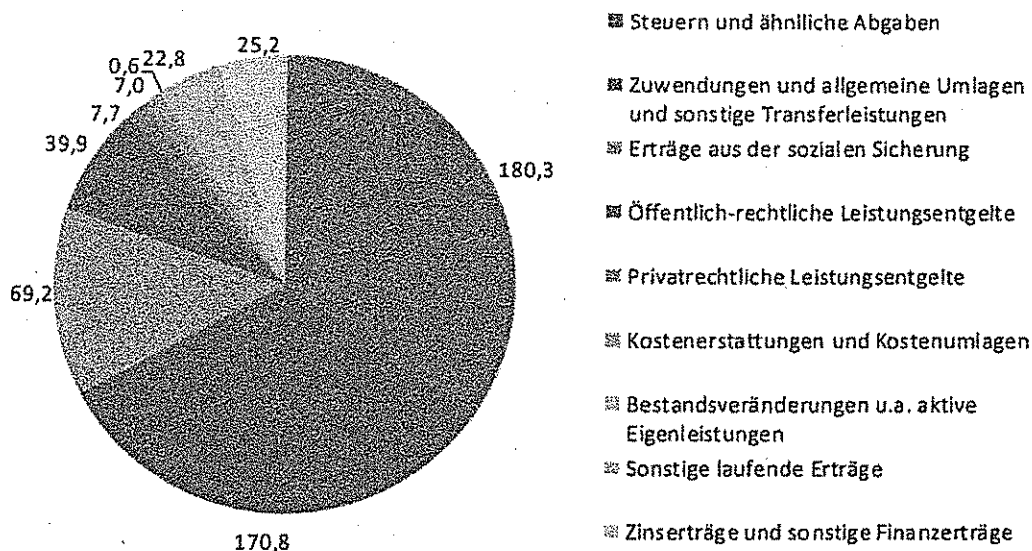
Am 07.03.2012 fasste die Bürgerschaft den Beschluss über die Haushaltssatzung 2012 der Hansestadt Rostock.

Im Ergebnisplan werden insbesondere die Positionen der laufenden Verwaltungstätigkeit ausgewiesen. Die Bürgerschaft ermächtigt hiermit die Verwaltung, die entsprechenden Ressourcen einzusetzen.

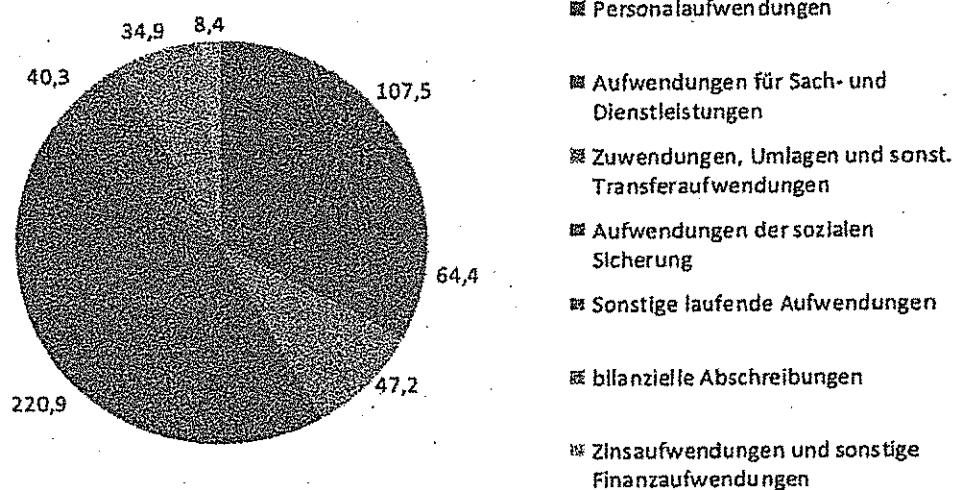
Da im Ergebnisplan nur die jährlichen Abschreibungen für die Investitionsobjekte enthalten sind, nicht aber die zu leistenden gesamten Investitionssummen, bedarf es einer ergänzenden Komponente. Hierzu werden im Finanzhaushalt alle Zahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und vor allem die investiven Ein- und Auszahlungen ausgewiesen und durch die Bürgerschaft beschlossen.

Im Jahr 2013 werden Erträge in Höhe von 523,6 Mio. EUR geplant. Der Gesamtbetrag aller Erträge im Ergebnishaushalt erhöht sich gegenüber dem Vorjahr (ohne Berücksichtigung der Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 12,2 Mio. EUR) um 19,8 Mio. EUR.

Die Gesamterträge in Höhe von 523,6 Mio. EUR werden nach Ertragsarten wie folgt geplant:



Im Haushalt 2013 werden Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einschl. Zinsausgaben in Höhe von 523,6 Mio. EUR geplant. Die Aufteilung nach Aufwandsarten stellt sich wie folgt dar:



Im Finanzhaushalt 2013 decken die laufenden Einzahlungen die laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit sowie die planmäßige Tilgung von Krediten, so dass eine Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit nicht eingeplant werden muss.

Die folgende Übersicht zeigt die Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt:

	FH 2012	FH 2013
laufende Einzahlungen Verwaltungstätigkeit	478,6	498,1
laufende Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	478,6	490,8
Saldo Verwaltungstätigkeit	0	7,3
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	92,2	51,7
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	109,8	64,9
Saldo Investitionstätigkeit	J. 17,6	J. 13,2
Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Umschuldung	27,0	21,6
davon:		
Umschuldung	9,4	8,4
Kredite (Investitionen)	17,6	13,2
Einzahlungen aus Kreditaufnahmen zur Finanzierung des Saldos der durchlaufenden Gelder	0,4	1,2
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten und Umschuldung	14,5	15,7
davon:		
Auszahlung zur Umschuldung	8,6	8,4
Auszahlung zur Tilgung	5,9	7,3
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit (einschl. Saldo durchlaufende Gelder 1,2 Mio. EUR)	J. 5,5	1,2

Der Haushaltsplan 2013 ist mit Risiken verbunden. Ein Haushaltsrisiko liegt in der rückwirkenden Vergütung von geleisteter Zuvielarbeit der Beamtinnen und Beamten des Brandschutz- und Rettungsamtes - Urteil des BVG Nr. 76/2012 vom 26.07.2012.

Ein weiteres Haushaltsrisiko besteht in der veranschlagten Stadt-Umland-Umlage in Höhe von 1,6 Mio. EUR. Aufgrund der Nichtigkeitserklärung des Landesverfassungsgerichtes ist der § 24 FAG M-V nicht mehr anwendbar. Wenngleich das Landesverfassungsgericht die Zulässigkeit der Stadt-Umland-Umlage nicht gänzlich infrage gestellt hat, so stellen die durch das Urteil formulierten Bedingungen an eine Nachfolgeregelung sehr hohe Anforderung. Zur Stärkung der Kernstädte erwartet neben dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. auch die Hansestadt Rostock eine Nachfolgeregelung.

1.5 Stellen- und Personalentwicklung

Der Stellenbestand der Stadtverwaltung der Hansestadt Rostock hat sich in den zurückliegenden Jahren auf Grund von Haushaltskonsolidierungen deutlich reduziert:

2001: 3.385 Stellen

2005: 2.970 Stellen

2013: 2.351 Stellen

Das bedeutet, dass im Zeitraum von 2001 bis 2013 eine Reduzierung von insgesamt 1.034 Stellen erfolgte und davon allein von 2005 bis 2013 eine Reduzierung von 619 Stellen resultierte.

Nachfolgend wird die Stellenentwicklung in Vollzeitäquivalenten dargestellt.

Ausgehend vom Haushaltsjahr 2005 (Basisjahr) für die überörtliche Prüfung der Hansestadt Rostock durch den Landesrechnungshof M-V ergibt sich ein stetiger Abbau des Gesamtstellenbestandes.

Im Ergebnis der überörtlichen Prüfung wurden 1.383,39 VbE (rund 1.400 VbE) als Zielstellenplan für die Stadtverwaltung der Hansestadt Rostock erarbeitet, die zuzüglich der Stellen, die dem Stellenplanteil Betriebsübergang zugeordnet waren, einen Gesamtstellenumfang in Höhe von 1.940,56 VbE ergeben.

Die Stadtverwaltung der Hansestadt Rostock setzt mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles daran, die Aufgabenerfüllung kontinuierlich sicherzustellen.

Um das zu erzielen, sind im Stellenplanentwurf 2013 im Zielstellenplan 2.195 Stellen = 2.149,09 VbE enthalten.

Darüber hinaus sind im Stellenpool noch 156 Stellen = 102,55 VbE enthalten, deren Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber im Zeitraum bis 2020 altersbedingt ausscheiden.

Dieses Mitarbeiterpotential ist zum Teil nicht mehr im Arbeitsprozess, sondern befindet sich in der Freizeitphase ihres Altersteilzeitarbeitsverhältnisses.

Um die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung der Hansestadt Rostock dauerhaft zu gewährleisten, musste von den Vorgaben des Landesrechnungshofes hinsichtlich der Gesamtstellenzahl abgewichen werden.

Unter anderem stellt sich das nach Haushaltsjahren geordnet wie folgt dar (in VbE):

Stellenplan 2005	
Gesamtstellenplan 2005: Basisjahr der überörtlichen Prüfung durch den Landesrechnungshof	2.847,24
Stellenplan 2006	
Gesamtstellenplan = Zielstellenplan 2006:	2.802,52
Das Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch den Landesrechnungshof konnte im Stellenplan 2006 noch keine Berücksichtigung finden.	
Stellenplan 2007	
Gesamtstellenplan 2007:	2.662,74
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen und Streichung von Planstellen durch altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	- 139,78
davon Zielstellenplan 2007: (erstmaliges Ausweisen von Stellen in den Stellenplanteilen)	2.180,60
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan: durch Zuordnung zu den Stellenplanteilen Betriebsübergang, künftige Kreisaufgaben, Stellenpool	- 621,92
Nachtragstellenplan 2007	
Gesamtstellenplan Nachtrag 2007:	2.594,88
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen und Streichung von Planstellen durch altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	- 67,86
davon Zielstellenplan 2007-N:	1.597,78
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan:	- 582,82
durch Einordnen von Stellen aus dem Kulturbereich in den Betriebsübergang (außer Stadtbibliothek)	- 665,05
u. a. durch Stellenzuführung im Zusammenhang mit dem Ende Gesetzgebungsverfahren zum Funktional- und Kreisstrukturreform (Juni 2007)	+ 82,23
Stellenplan 2008	
Gesamtstellenplan 2008:	2.570,31
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen und Streichung von Planstellen durch altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	- 24,57
davon Zielstellenplan 2008:	1.604,03
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan: Stellenzuführung aus dem Stellenpool in Folge nicht eingetretener Ausgliederungen im Kulturbereich	+ 6,25
Stellenplan 2009	
Gesamtstellenplan 2009:	2.515,33
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen und Streichung von Planstellen durch altersbedingten Ausscheidens	- 54,98

von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	
davon Zielstellenplan 2009:	1.618,96
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan: u. a.	+ 14,93
Beschluss - Nr. 0437/08-BV zur Struktur der 5 Ortsämter (gesamt 43 Stellen)	+ 8,75
Einrichten eines Einstellungskorridors im Amt 11	+ 8,00
Rückführung zum Stellenpool	- 1,82
Stellenplan 2010	
Gesamtstellenplan 2010:	2.514,50
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen und Streichung von Planstellen durch altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	- 0,83
davon Zielstellenplan 2010:	2.042,82
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan:	+ 423,86
durch Einordnen von Stellen aus dem Betriebsübergang in den Zielplan der Organisationseinheiten 10, 40, 41, 43, 44, 45, 47, 66, 67, 82 für die im HH-Jahr 2010 kein Übergang in eine andere Rechtsform vorgesehen war und Stellenzuführungen in verschiedenen Organisationseinheiten (u. a. Zensus 2011)	+ 371,86
Zuführen von bisherigen Beamten zur Anstellung aus dem nachrichtlichen Teil in das Amt 11, Grundlage: Beamtenstatusgesetz	+ 10,00
Zuführen von bisherigen Beamten zur Anstellung aus dem nachrichtlichen Teil in das Amt 37, Grundlage Beamtenstatusgesetz	+ 6,00
Einrichten von Stellen im Hanse-Jobcenter Rostock	+ 20,00
Erweiterung Zielstellenplan im Amt 37, Beschluss - Nr. 2009/BV/0235 zum Feuerwehrbedarfsplan	+ 16,00
Stellenplan 2011	
Gesamtstellenplan 2011:	2.219,88
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen und Streichung von Planstellen durch altersbedingten Ausscheidens von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, durch Überleiten der Organisationseinheit 46 zur Volkstheater Rostock GmbH (309,50 VbE) und Zuführung von Stellen (u. a. Zensus 2011, Doppik/Anlagenrechnung)	- 294,52
davon Zielstellenplan 2011:	2.054,45
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan: u. a. durch Einrichten von Stellen für Aufgaben in Anwendung des Fachkräftegebotes nach SGB VIII und XII,	+ 11,63
– Bildungs- und Teilhaberpaket, Pflegestützpunkt	
Stellenplan 2012	
Gesamtstellenplan 2012:	2.233,62
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen, Streichung von Planstellen und gleichzeitiger Zuführung von Stellen (s. Zielstellenplan)	+ 13,74
davon Zielstellenplan 2012:	2.105,51
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan: u. a. durch Einrichten von 21 Stellen für die Übernahme von Aufgaben entsprechend Aufgabenzuordnungsgesetz (Immissionsschutz und Abfallwirtschaft, Schwerbehindertenrecht, Bundesel-	+ 51,06

terngeld- und Elternzeitgesetz, Einordnen weiterer Stellen für die Sicherung der Doppikumstellung sowie der Einführung eines Finanzcontrollings, Bereitstellen von 11 Stellen für die vorübergehende Übernahme von Auszubildenden und Absolventen, Umsetzen des Beschlusses 2011/BV/2338 „Bildungslandschaften“, 3 Stellen für Kontrollaufgaben im Amt für Umweltschutz	
Stellenplanentwurf 2013	
Gesamtstellenplan 2013:	2.251,64
– Differenz zum Vorjahr Gesamtstellenplan: durch Entfallen unbesetzter Planstellen, Streichung von Planstellen und gleichzeitiger Zuführung von Stellen (s. Zielstellenplan)	+ 18,02
davon Zielstellenplan 2013:	2.149,09
– Differenz zum Vorjahr Zielstellenplan: u. a. durch Einordnen weiterer Stellen für die Sicherung der Doppikumstellung, Bereitstellen 1 Stelle zur Sicherung der Betreuung ansteigender Zuwanderung, 7 Stellen für Betreuung der kommunalen Sportanlagen und -plätze, 10 Stellen für die Qualitätssicherung der Fachberatung sowie Fallbearbeitung im Amt 50, 4 Stellen Bereuungsbehörde und Beratungsstelle Sozialpsychiatrischer Dienst im Amt 53	+ 43,58

Die benannten Stellenzuführungen ergeben sich durch Aufgabenmehrungen, auf Grund von veränderten gesetzlichen Vorschriften.

Aus der nachfolgenden Tabelle zur Entwicklung des Zielstellenplanes ergibt sich, dass einige Organisationseinheiten den Zielstellenplan erreicht, im Einzelfall bereits unterschritten haben.

Eine weitere Aufgabenverdichtung ist kaum mehr realisierbar, sodass wesentliche Effekte durch Sparen am Personal nicht mehr erzielt werden können.

Zahlreiche Organisationsuntersuchungen sowie Arbeitsverdichtungen haben dazu beigetragen:

- Arbeitsabläufe zu optimieren,
- komplexen rechtlichen Anforderungen zu genügen und
- gleichzeitig die Qualität mit weniger Personal zu erhöhen.

Eine weitere Reduzierung des Stellenbestandes ist nicht realisierbar. Für den Personalkostenbereich besteht daher kein relatives Einsparpotential.

Des Weiteren war im Jahr 2012 unter Berücksichtigung der Konsolidierungsnotwendigkeiten zur Erfüllung der städtischen Aufgaben ein Stellenbestand in Höhe von 2.154 Stellen (2.105,51 VbE) erforderlich. Im Rahmen des Personalmanagements besteht vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung das strategische und sehr anspruchsvolle Ziel, bis zum Jahr 2018 ca. 400 freie bzw. frei werdende Stellen (2021: ca. 640) möglichst nahtlos nach zu besetzen, um so vor allem durch die Gewinnung junger und motivierter Nachwuchskräfte den Personalkörper altersheterogener zu gestalten und die Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Stellenentwicklung:

Stellenentwicklung Hansestadt Rostock - Gesamtübersicht

Senatsbereiche		Stellenplan 2012				Stellenplan 2013				Stellenabbau																			
		Gesamt		Teil 1		Teil 1		Teil 2		Teil 2 -		2013		2014		2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021	
		Gesamt	Teil 1	Gesamt	Ziel-	Stellen-	BÜ	pool	02/2013 bis 01/2014	02/2014 bis 01/2015	ab 02/2015	02/2015 bis 01/2016	02/2016 bis 01/2017	02/2017 bis 01/2018	02/2018 bis 01/2019	02/2019 bis 01/2020	02/2020 bis 01/2021	02/2021 bis 01/2022											
1	2	4	5	6	7	8	9	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20												
Senatsbereich OB		281,13	269,38	302,13	292,63	0,00	9,50	2,50	1,50	5,50	2,50	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00												
Senatsbereich 2		749,13	712,75	727,88	702,00	0,00	25,88	5,50	9,00	11,38	10,38	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00												
Senatsbereich 3		791,53	736,66	813,80	766,00	0,00	47,80	16,63	10,30	20,88	15,88	2,00	0,00	1,00	2,00	0,00	0,00												
Senatsbereich 4		411,84	386,72	407,84	398,47	0,00	19,38	4,50	10,00	4,88	3,88	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00												
VbE								29,13	30,80	42,63	32,63	6,00	1,00	1,00	2,00	0,00	0,00												
Abbau								39	42	75	50	7	0	1	2	0	0												
Stellenent-		2.233,62	2.105,51	2.251,64	2.149,09	0,00	102,65	2.251,64	2.222,52	2.191,72	2.191,72	2.159,09	2.153,09	2.152,09	2.151,09	2.149,09	2.149,09												
wicklung																													
HRO		2.340	2.154	2.347	2.191	0	156	2.347	2.308	2.266	2.266	2.216	2.209	2.209	2.208	2.206	2.206												

1.6 Finanzsituation bei Kompensation oberzentraler Funktionen und Auswirkungen des Konnexitätsprinzips

Für die Hansestadt Rostock ist, wie auch für andere kreisfreie Städte in Mecklenburg-Vorpommern, eine finanzielle Unterausstattung festzustellen. Die kreisfreien Städte halten Infrastruktur und Leistungsangebote vor, die nicht nur von den Einwohnern der Städte, sondern auch in erheblichem Maße von den Einwohnern der Umlandgemeinden ohne adäquate Beteiligung an der Finanzierung genutzt werden.

Mit der Abwanderung eines einkommensstarken Bevölkerungsanteils in den 90-iger Jahren fließt seitdem ein wichtiger Teil der Finanzierungsbasis (Steuern, Schlüsselzuweisungen usw.) für die zentralörtlichen Leistungen ins Umland. Gleichzeitig ist ein höherer Anteil sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen zu verzeichnen. Diese Entwicklung führt zu den ständig ansteigenden Transferleistungen für die soziale Sicherung.

Einen besonders hohen kommunalen Zuschuss bedürfen vor allem Kultur- und Freizeiteinrichtungen, ohne dass die Nutzung durch Einwohner aus den Umlandgemeinden kompensiert wird. Beispielhaft seien das Volkstheater, der Zoo, das Konservatorium, die Volkshochschule, die städtischen Museen und die Stadtbibliothek anzuführen. Bei der Betrachtung der Vielzahl von Einrichtungen mit oberzentraler Funktion wird ersichtlich, dass durch die Hansestadt Rostock erhebliche Finanzressourcen für die Aufrechterhaltung des Leistungsspektrums aufgebracht werden müssen.

Die nachfolgende Tabelle listet die Zuschussbedarfe für Kultur- und Freizeiteinrichtungen auf Basis: Haushaltsplan 2013 (1. Nachtrag, Ergebnishaushalt)

Einrichtung	Zuschussbedarfe 2013 in EUR
Volkstheater Rostock GmbH	16.640.012 (davon 8.726.012FAG)
Konservatorium	968.000
Volkshochschule	516.400
Städtische Museen/Kunsthalle	2.530.000
Stadtbibliothek	2.672.100
Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH	3.170.000
IGA Rostock 2003 GmbH	2.000.000
Zoologischer Garten Rostock GmbH	2.784.000
Gesamt	31.280.512

Zuschussbedarfe für Leistungen der Hansestadt Rostock mit oberzentraler Funktion

2.1 Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maßn.-Nr.	Deckungskreis	Leistung/Bezeichnung	Ami.	am Has/Ko. seit
2013/1.01	7804	Raumkoordination und Objektkosten	11	2008
			73	

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	2.666	2.666	2.666	2.666	2.666	2.666
Zielbetrag	50	50	50	50	50	50
neuer HH-Ansatz	2.616	2.616	2.616	2.616	2.616	2.616

Erläuterung:
Mit Abschluss der Sanierungsmaßnahme Neuer Markt 33/34 - Große Wasserstraße erfolgte die Raumbellegung durch Bereiche des Amtes für Management und Controlling, des Ortsamtes Mitte und des Archivs der Hansestadt Rostock. Dem Grundsatz gefolgt, städtische Immobilien als Verwaltungsstandorte zu nutzen, wurde der Standort Neuer Markt 3 zum 01.02.2012 abgemietet. Ebenso entfällt die Nutzung des Bürocontainers An der Hege 9 mit Fertigstellung des Sanierungskomplexes im Jahr 2012. Durch weitere Raumbellegungsoptimierungen im Rathauskomplex wird der Standort Hafenhaus als Verwaltungsnutzung zum 31.12.2012 aufgegeben. In dieser Maßnahme werden auch künftig die Haushaltsverbesserungen der Klimaschutzleitstelle bezogen auf die Verwaltungsstandorte einfließen. Durch Einflussnahme auf das Nutzerverhalten, durch Bündelung von Informationen, Konzeptentwicklungen, beratende Funktionen und daraus resultierender Maßnahmen und Projekte sollen nach einer Umstellung- und Anlaufphase Betriebsaufwendungen innerhalb der Stadtverwaltung deutlich gesenkt werden. Durch die Klimaschutzleitstelle wird der Entwurf eines Konzeptes zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs erstellt. Wesentliche Bestandteile werden die Auswertung der Verbräuche auf Basis der Daten des Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung und der Organisationseinheiten sowie die Analyse der Gebäudestrukturen und deren Nutzung sein. Resultierend aus den Ergebnissen werden Empfehlungen zu Energiesparmaßnahmen erarbeitet. Im Verhältnis der Reduzierung der Mietaufwendungen durch Reduzierung der Betriebsaufwendungen, Abmietung bzw. Aufgabe von Objekten sind Einsparungen in Höhe von 50 TEUR (Kto. 72290040) zu erwarten. Der Bürgerschaft wird voraussichtlich zum 30.06.2013 ein Raumkonzept vorgelegt. Dieses beinhaltet die Darstellung der räumlichen Unterbringung der einzelnen Fachämter für die Jahre 2013 – 2018 und die geplanten Einspareffekte.

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maß-Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ami	Im Haiko seit
2013/1.03	61201	Zinsmanagement (TH 90)	20	2009

Maßnahmebeschreibung:
Einführung eines Zinsmanagements

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	5.453	7.170	7.481	7.771	7.770	7.770
Zielbetrag	-	-	-	-	400	400
neuer HH-Ansatz	5453	7.170	7.481	7.771	7.370	7.370

Erläuterung:
Die monatlichen Berichterstattungen haben gezeigt, dass die Verwaltung auf gutem Wege ist, ein Zinsmanagement aufzubauen, welches durch geschicktes Finanzmanagement zur weiteren Reduzierung des Zins- und Tilgungsaufwandes bei den nachfolgend aufgeführten Sachkonten führen wird: 61201.77511000 Zinsauszahlungen an Banken 61201.77511010 Zinsauszahlungen an Banken - Sicherung der Zahlungsfähigkeit 61201.77514000 Zinsauszahlungen an Girozentralen/ Landesbanken Die geplanten Reduzierungen der Zins- und Tilgungsaufwendungen der Jahre 2012-2016 sind bereits Bestandteil des Finanzplanes 2012-2016 und werden hier nicht mehr abgebildet.

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maßn.-Nr.	Telhaushalt	Bezeichnung	Amtl.	Im-Haushalt
2013/1-04	TH 40	Zentrales Gebäudemanagement	88 40	2019
Maßnahmebeschreibung:				
Einführung eines Gebäudemanagements				

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	9.419	9.419	9.419	9.419	9.420	9.420
Zielbetrag	-	-	-	400	450	500
neuer HH-Ansatz	9.419	9.419	9.419	9.019	8.970	8.920

Erläuterung:
Durch die Zentralisierung der Immobilien im Bereich Schulen und Sportstätten beim Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung werden Einsparpotenziale generiert. Bereits mit der Übertragung der Immobilien aus dem Schul- und Sportstättenbereich konnten durch Zentralisierung und Bündelung der Kompetenzen objektbezogene Aufgaben optimiert werden. Mit der Übertragung der vollumfänglichen Bewirtschaftungskosten an den Eigenbetrieb können alle immobilienrelevanten Daten und die entstehenden Kosten aus Gebäudenutzung vollständig und transparent dargestellt werden. Die Gesamtheit aller Prozesse rund um die Immobilie wird hierdurch dokumentiert, auswertbar und damit steuerbar. Die Berechnung des Nutzungsentgeltes durch den Eigenbetrieb erfolgt jährlich auf Basis der entsprechenden Ist-Aufwendungen des Vorjahres für das kommende Haushaltsjahr. Damit wird der städtische Haushalt ausschließlich mit den tatsächlichen Aufwendungen der Gebäudenutzung belastet. Mit erfolgter Bestandsaufnahme aller Immobilien und Erfassung des Sanierungsbedarfes wurde ein enorm hoher Sanierungsrückstau festgestellt. Diesen gilt es mittelfristig abzubauen. Aus diesem Grund können voraussichtlich erst im Jahr 2016 messbare Reduzierungen der Aufwendungen im Haushalt abgebildet werden (Sachkonto 72290040, Mieten an den KOE + 72290041). Nach heutigen Einschätzungen werden ab dem Jahr 2016 messbare Einsparungen bei den Betriebskosten in Höhe der dargestellten Zielbeträge erwartet.

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maß-Nr.	Produkt	Leistung/Bezeichnung	Ami	Im Risiko seit
2012/1-06	27101	Gebäudezusammenführung Volkshochschule	43	2009

Maßnahmebeschreibung:
Zusammenführung der beiden Volkshochschulstandorte in ein Gebäude/Reduzierung Finanzbedarf

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	653	788	661	651	650	650
Zielbetrag	-	65	100	100	100	100
neuer Ansatz	653	723	561	551	550	550

Erläuterung:
Zurzeit betreibt die Volkshochschule zwei Geschäftsstellen (Am Kabutzenhof 20a und Kopenhagener Straße 5). Das Gebäude in Lütten Klein befindet sich in einem desolaten baulichen Zustand. Eine Instandsetzung ist nicht vorgesehen, sodass das Haus zukünftig nicht gehalten werden kann. Der Rückzug der VHS aus dem Nordwesten, bzw. aus den Stadtteilen insgesamt, könnte durch eine stärkere Nutzung der Möglichkeiten der Stadtteil- und Begegnungszentren in Kooperation mit der VHS ausgeglichen werden. Zur Prüfung möglicher Varianten wurde eine Machbarkeitsstudie zur Unterbringung der Volkshochschule in einem vorhandenen Schulgebäude der Hansestadt Rostock bzw. einen Neubau beauftragt und eigene Recherchen beim KOE durchgeführt. 1. Variante 1: Umbau/Sanierung eines bestehenden Schulgebäudes 2. Variante 2: Ankauf des Geschäftshauses Am Kabutzenhof 20a zur Vermietung an die Volkshochschule. 3. Variante 3: langfristige Anmietung der Flächen im Geschäftshaus Am Kabutzenhof 20a beim derzeitigen Eigentümer 4. Die Variante 4: Umbau und Sanierung des derzeitigen Schulstandortes Kopenhagener Straße 5 in Lütten Klein Zur wirtschaftlichen Beurteilung der zur Disposition stehenden Varianten wurden die finanziellen Auswirkungen einerseits für die Hansestadt Rostock und andererseits für den Eigenbetrieb KOE beleuchtet. In der anliegenden Tabelle wurden die Ergebnisse zusammengefasst. Die Darstellung für die Hansestadt Rostock und ihrer Volkshochschule zeigt, dass die Variante Ankauf der Immobilie Am Kabutzenhof 20 a am wirtschaftlichsten ist. In dieser Variante beläuft sich die Mietbelastung auf ca. 229.108 EUR im Jahr ohne Betriebskosten und liegt somit rund 33.000 EUR unter der nächst günstigeren Alternative Umbau/Sanierung des Schulstandortes Erich-Schlesinger-Straße 37 a. Eine Anmietung des Standortes Am Kabutzenhof 20 a stellt sich aus finanzieller Sicht ebenso wie aus vertraglicher Sicht als schlechteste Alternative dar. Die Jahresnettokaltmiete liegt um rund 82% höher als die Vorzugsvariante. Hinzu kommen jährliche Mietsteigerungen von 3% und das Kostenrisiko der kompletten Gebäudeunterhaltung. Die finanziellen Auswirkungen für den Eigenbetrieb sind in der Gesamtkostenbetrachtung der Varianten Umbau/Sanierung und Ankauf zu vergleichen. Eine Anmietung ist für den KOE mit keinem finanziellen Risiko verbunden. Auch in der Betrachtung der Gesamtkosten stellt sich die Alternative Ankauf des Gebäudes Am Kabutzenhof 20 a als Vorzugsvariante dar. Der Ankauf ist rund 1,13 Mio. EUR günstiger als die Variante Umbau/Sanierung Erich-Schlesinger-Straße 37a. Zusätzlich entfallen bei einem Ankauf das Kostenrisiko der Preissteigerung der Baukosten und das Bauherrenrisiko einer Sanierung. Aus der Sicht der Volkshochschule ist das Gebäude Am Kabutzenhof 20 a sowohl von der Lage als

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maßn.-Nr.	Teilhaushalt	Bezeichnung	Art	im Haushaltsjahr
2013/1:08	TH 50	Jugend und Soziales	50	2011

Maßnahmebeschreibung:
Reduzierung der Aufwendungen

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	126.536	128.096	129.502	131.356	132.000	133.000
Zielbetrag	-	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
neuer HH-Ansatz	126.536	127.096	127.502	130.356	131.000	132.000

Erläuterung:
Es sind weiterhin Konzepte zu entwickeln, die geeignet sind die Aufwendungen im TH 50 um jährlich ca. 1.000 TEUR zu reduzieren. Die bisherigen Ansätze zur operativen und strategischen Steuerung sind weiter zu forcieren. Diese Maßnahme betrifft den gesamten Teilhaushalt 50, aus diesem Grund wurden hier die Zielbeträge vom Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit abgesetzt.

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maßn.-Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ant.	im Haushalts-
2013/1-10	57303	Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH (TH 12)	11	2013

Maßnahmebeschreibung:
Reduzierung des Zuschusses

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	3.170	3.320	3.320	3.320	3.320	3.320
Zielbetrag	-	300	300	300	300	300
neuer HH-Ansatz	3.170	3.020	3.020	3.020	3.020	3.020

Erläuterung:
Zweck der Gesellschaft ist, die Region Rostock mit kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, Kongressen und Ähnlichem zu versorgen. Durch kontinuierliche Marktbeobachtung und Optimierung zahlreicher Geschäftsverbindungen zu Veranstaltern und Partnern werden zusätzliche Möglichkeiten für eine attraktive Angebotspalette erzielt. Die Erschließung von weiterem, mittelfristig vorhandenem Potenzial an Kongressen- und Messeveranstaltungen für den Standort Rostock, insbesondere durch Bündelung von städtischen Aktivitäten und bundesweiten Allianzen, durch Konzentration auf den Bereich Kongresse mit fachbegleitenden Ausstellungen sind weitere Ressourcen zu erschließen. Eine hohe Kundenzufriedenheit und attraktive Angebote haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, die Belegungsquoten beider Einrichtungen deutlich zu steigern. Dieser erfolgreiche Weg ist weiterhin konsequent einzuhalten. Aber auch die Gewinnung von Kongress- und Tagungsveranstaltern für den Standort Rostock wird als ein weiteres Potenzial angesehen. Aufgrund der in der Vergangenheit relativ hohen Steigerungen im Bereich Messen ist davon auszugehen, dass die Prognose insbesondere bei den Verbrauchermessen anhaltend optimistisch ist. Positive Prognosen seitens der Geschäftsführung lassen darauf schließen, dass die geplante Zuschussreduzierung in Höhe von 300.000 EUR im Jahr 2014 durch Erschließung weiterer Ressourcen an beiden Standorten, ohne den Geschäftsbetrieb zu gefährden, kompensiert werden kann.

Reduzierung der Aufwendungen/Auszahlungen				
Maßn.-Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ami	im Basisko-seit
2013/1-11	26101	Volkstheater Rostock GmbH (TH 12)	11	2013

Maßnahmebeschreibung:

Reduzierung des Zuschusses

Haushaltsjahr	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
HH-Ansatz	15.490	15.467	15.467	15.467	15.500	15.500
Zielbetrag	-	1.000	2.000	3.000	4.000	5.000
neuer HH-Ansatz	15.490	14.467	13.467	12.467	11.500	10.500

Erläuterung:

Unter Berücksichtigung der Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern ist für die Theater Rostock GmbH ein Entscheidungsprozess zu führen, um für Rostock und die Region um Rostock ein qualitativ optimales Kulturangebot vorzuhalten. Hierbei sind die Orchestergröße und die Anzahl der Sparten zu berücksichtigen, um den Zuschussbedarf der Volkstheater Rostock GmbH auf eine der finanziellen Leistungskraft der Hansestadt Rostock angepassten Höhe zu beschränken.

Zum Ansatz hier sind nur die FAG-Mittel gebracht worden, welche im Unternehmen verbleiben. Insgesamt erhält die Hansestadt Rostock für 2013 FAG-Mittel in Höhe von 8.726.011,82 EUR. Davon werden von der Volkstheater Rostock GmbH 1.150.000 EUR an das Mecklenburgische Landestheater Parchim weitergeleitet, sodass im Jahr 2013 7.576.011,82 EUR aus FAG-Mitteln dem Unternehmen zur Verfügung stehen.